

Vossische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Verantwortlich für den Gesamtheit (einer dem Handelstil) Dr. Carl Misch Berlin. Für Rücksendung anwerf. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrungs-Zentrale Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3600-3605. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postcheckkonto Berlin 866.

Oesterreich gegen Starbemberg

Das Ergebnis der Nationalratswahlen

Wien, 10. November

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die österreichischen Wahlen zum österreichischen Nationalrat haben zu einer Schwächung aller bürgerlichen Parteien geführt und den Sozialdemokraten einen kleinen Gewinn gebracht.

Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis, das heute vormittag um 7 Uhr vorlag, ergabten:

Sozialdemokratische Partei	72 Mandate	(71)
Christlichsozial	66	(73)
Schweröcker	19	"
(1927: Christlichsozial und Landbund auf, (21)		
Heimatklub	8 Mandate	

Die Nationalsozialisten sowie die anderen Splittergruppen erhalten kein Mandat. Insgesamt erhielten die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von rund 73.000 bei 1.550.000 Stimmen 1927. Die bürgerlichen Stimmten sind gegenüber 1927 um etwa 335.000 auf 1.695.881 Stimmen zurückgegangen. Die Kräfte Österreichs der bürgerlichen Stimmten wird auf die geringere Wahlbeteiligung und die größere Anzahl ungültiger und gänzlich verlorener Stimmen insofern der starken Verplünderung zurückgeführt.

Der Verlauf des Wahlkampfes ist im allgemeinen sehr ruhig gewesen. Zu ernstlichen Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Nur in dem von der Wiener Montagsgesellschaft durch Arbeiterentlassungen hart ins Heimwehlerlager getriebenen Industriezentrum

Donaueg kam es zwischen Heimwehler und Sozialdemokraten zu einer Schlägerei, bei der fünf Arbeiter durch Schlägen verletzt ins Gefängnis nicht unerheblich verletzt wurden. In Graz kam es ebenfalls mehrfach zu Schlägereien. Die Nationalsozialisten bewußtlich sich der Familien auf der sie hoch oben ihre rote Fahnenkreuz-Flagge hoch, da sie den Funktionen unter mit Drahtnetzen absperrten, folgte es längere Wähe, ehe die Gebote wieder entfernt werden konnte.

Bis zum letzten Augenblick war es noch unklar, ob die Heimwehler des Fürsten Starbemberg überhaupt ein Mandat erhalten werde, weil die Heimwehlerlisten teilweise selbst in ihren Postbüros nicht ein Mandat erzielen konnten, so daß dadurch unter Umständen die Berechtigung der Heimwehler hätte unterbleiben müssen. Erst als in der Statistik bei genauer Zählung grobe Irrtümer die Heimwehlerlisten aufzuweisen und ihre wesentlichen Führer als gemißt anzeigten. Die Heimwehler-Abgeordneten sind fast sämtlich absolut radikal und der Hitler-Bewegung gefolgsam, auch wenn ein offizielles Zusammengehen für die Wahl nicht zu handgekommen ist.

Der besonderen Interesse ist das Ergebnis der Wahlen in Wien, wo die Sozialdemokraten kein Mandat erhalten konnten, während der Schuber-Bund 4 Sitze erhielt gegen 2 Mandate der Christlichsozialen im Jahre 1927. Die Sozialdemokraten haben in Wien nicht weniger 30 Sitze (29). Die Christlichsozialen 11 (14).

Zugleich mit den Nationalratswahlen fanden Landtagswahlen in der Steiermark statt. Hier haben die Sozialdemokraten erhebliche Verluste erlitten.

Parlamentarische Zeit?

Von Karl Lahn

Berichterstatter der Vossischen Zeitung

Wien, 10. November

Nach dem die große Öffentlichkeit in Oesterreich nicht die Folgen übersehen, die dieser merkwürdige Wahlausgang für das Land haben wird. Die Parteienlagen seien nur der kaum zu überwindenden Schwierigkeit, eine regierungsfähige bürgerliche Mehrheit im Nationalrat aufzubereiten. Die Christlich-Sozialen von 73 Mandaten auf 66 zurückgefallen. Sie hätten, selbst wenn der Schuber-Bund mit seinen 19 Mandaten darauf eingewilligt, nur eine sehr schwache Mehrheit von 85 Mandaten unter Ausschaltung der acht Heimwehler-Abgeordneten und gegen die 72 Sozialdemokraten (71) aufstellen.

Bundeskanzler Schuber ist ein zu charakteristischer Mann, um eine Regierung zu unterlassen, die von ihm verlangen würde, jene von Rabenitz Baugoin-Geisel-Stimmen, dieser Wiener Bürgerregierung, nur den Wahlen durchgeführten Maßnahmen gutzuheißen — Maßnahmen, die er verdrängen wollte, und bereitwillig er gestützt wurde. Er kann vor allen Dingen keine Regierung seine Hilfe gewähren, in der Starbemberg und Queber Parteiführer haben. Baugoin wiederum ist auf den durch die durchgefallenen Bundesobrigungs-Generaldirektor Straßla darauf festgelegt, daß er nicht zurück kann.

Man glaubt zunächst, daß Dr. Geisel, der wahre Regisseur des Reichsrukes, sich selbst wieder das Bundesamtamt zu übernehmen bereit wäre. Dies wird allerdings dadurch erschwert, daß er sich für das Amt des Bundespräsidenten freistellen muß. Eine Koalition des Schuber-Bundes mit den Sozialdemokraten ist auf Monate hinaus jeun darum nicht möglich, weil Schuber in einer Wahlperiode die ausgedehnte Erklärung abgab, er könnte es nicht mit seiner Ehe vereinen, mit den sozialdemokratischen Führern, die ihn nach den blutigen Zwischenfällen vom 15. Juli 1927 so maßlos angegriffen, zusammenzugehen.

Nun wäre es denkbar, daß der jetzige Bundespräsident Miklas, wozu ihn die Verfassung berechtigt, den kaum gewählten Nationalrat nach einigen Verhandlungen zwischen den Parteiführern wieder auflösen würde, mit der Begründung, daß eine Mehrheit im Parlament nicht zu finden sein würde. Dann könnte die Bürgerregierung Baugoin-Geisel-Starbemberg weiter parlamentarisch durch Wahlen regenerieren und in gleich nächster Sitzung ein neues Parlament, die Bundesobrigung und der Bundesrat ernennen lassen.

Zuerstig erzielende Informationen lassen verlässig darauf schließen, daß der Bundespräsident den Nationalrat innerhalb nächster Tagen einberufen und daß in der ersten Sitzung wieder der Miklas des Rabenitz Baugoin mitgeleitet werden wird. Am christlich-sozialen Lager herrscht bei freigelegter Kapazität, und eine Reihe einflussreicher Reichstagsmänner ist zurückgeblieben, die diesmal den Reichstagspräsidenten für die Parteipolitik zu helfen. Baugoin selbst wird einsehen, daß sein Reichstags die Christlich-Sozialen geschwächt hat, und so könnte mit einer geschäftigten christlich-sozialen Regierung gerettet werden, die von einem der drei Bundespräsidenten, Guder (Borawitz), Reich (Salzburg) oder Schlegel (Oberösterreich) geführt würde.

Die Wiener Bürgerregierung hätte die Neuwahlen durchzuführen, nachdem sich deutlich gezeigt hat, daß die Heimwehlerbewegung nicht die Kraft einer Volkswegung besitzt, wie immer insbesondere von Geisel behauptet wurde. Ob es zu einer Lösung kommt, wird vor allem von der Energie des früheren Bundesamtamt Dr. Schuber abhängen, der darauf verweisen kann, daß das gegenwärtige Wahlgesetz die Mittelparteien um den verdienten Mandaterfolg beraubt.

Die lautesten Klagen hierüber führt das Organ der Nationalsozialisten und des Heimwehlerbundes, die „Die Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“, die sagt, daß die Stillerbewegung und die Heimwehler zusammen 330.000 Stimmen erhalten und nur acht Mandate fast 16 die ihnen bei 200.000 Stimmen hätten zuerufen müssen. Ihnen hat das Organ des Schweröcker, die „Wiener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Unser Wahlrecht, besser gesagt, Wahlrecht muß schnellstens abgeändert werden.“ Inzwischen mußte daran erinnert werden, daß die Christlich-Sozialen gehofft hatten, der Schuber-Bund werde nur sechs Mandate gewinnen.

Die Arbeiterzeitung schreibt: „Die Regierung Baugoin-Starbemberg hat keine Mehrheit erlangt. Die hat zu geben.

Die Forderung der Arbeiter: Preisabbau

Erregung über den Schiedspruch der Metall-Industrie

Die Erregung der Arbeiterheit über den neuen Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie, der einen Lohnabzug in Stuttgart von 8,50, 8 u. 5. v. v. vorstellte, am Montag in den Betrieben des ganzen Ausbaus. Besonders die Kommunisten verurteilten, in verschiedenen Betrieben Demonstrationen abzuhalten und Streiks als Protest gegen den Lohnabbau einzuleiten. Diese Beschlüsse sind jedoch, soweit sich bisher überlegen läßt, am dem Willen der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter gebunden.

Die Forderungen der Arbeiterheit konzentrieren sich jetzt auf eine Senkung der Lebensmittelpreise. Der Deutsche Metallarbeiterbund wird sich an den Allgemeinen Gewerkschaftsbund, die Daderanstellung der Freien Gewerkschaften, wenden, um diesen zu einer Aktion bei der Reichsregierung zu veranlassen. Man wird insbesondere Forderungen für die Abhaltung der Handelspreise der Lebensmittelstellen stellen. Auf der anderen Seite wollen die Gewerkschaften die Konsumgüterindustrien veranlassen ihre Rationalisation zu überprüfen, um mit schneller Wirkung eine präventive Senkung ihrer Verkaufspreise durchzuführen.

Über die Verhandlungen im Reichsernährungsministerium mit den Betreuer der Lebensmittelgewerbe wird mitgeteilt, daß für heute der möglichste baldige Abgang für eine Senkung von wichtigen Lebensmittelpreisen zu erwarten sei.

Christliche Bergarbeiter für Arbeitszeitverkürzung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Bochum, 10. November

In verschiedenen Versammlungen der Christlichen Bergarbeiter im Ruhrgebiet wurde für die demnächst beginnenden Verhandlungen über die Arbeitszeit erneut die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung auf sieben Stunden unter Tage und acht Stunden über Tage erhoben. Die wirtschaftliche Struktur des Ruhrgebietes, so heißt es in einer Entschließung, zwingt eine Verkürzung der Arbeitszeit, die vielen Arbeitsschichten modifizieren für eine vollständigen Stufenabzug.

Auch von den übrigen Bergarbeitervereinigungen waren für Sonntag

ein Beschlusses in Ruhrgebiet einberufen worden, welche den gleichen Abschlußpunkt gegenüber den Arbeitssitzverbänden der Bergwerksbesitzer einnahmen.

Indochina in Aufruhr

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Paris, 10. November

Trotz der händepostentgenen Presse- und Telegrammagentur, die die französische Kolonialregierung über Indochina verhängt hat, kann es keine Zweifel unterliegen, daß in den Provinzen Biahs und Sialing in der jetzt Monaten währenden Kämpfe zum offenen Ausbruch gekommen ist.

Zahlreiche Bänder, bestehend aus verarmten Bauern und arbeitslosen Kulis, verurteilen Regierungsbüro, Soldaten und europäische Bandenführer zu fähren; ihre Befolgung durch die französischen Truppen infolge, ein radikales Motiv, beruht auf großer Schwärzegeiten zu fassen, obgleich ein großes Angebot von Fliegern und Bombenwerfern eingesetzt ist. In kollektiven Orten ist es zu heftigsten Revolten unter den Stämmen gekommen.

Selbst die französischen Kolonialisten merkten vor der Härte der Unterdrückungsmethoden, die den daß gegen die Fremdbesatzung auf das bedrohlichste fähren mußte, um so mehr, als die Aufständischen von der beredenden Hingeezot völlig zur Bewusstheit getrieben seien.

Deutschland erkennt Vargas an

Die Reichsregierung hat die neue brasilianische Regierung anerkannt. Verhandlungen über den Handelsvertrag für die Besichtigung der „Boden“ können nun mit der neuen brasilianischen Regierung geführt werden.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß Joseph England wie die Reichsregierung haben die portugiesische Regierung von Dr. Vargas anerkannt haben.

